



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Zivilgesellschaftlichen Protest gegen Neonazikonzerte unterstützen – Kommunen nicht allein lassen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt sprechen allen Menschen, die sich am 25. Mai 2013 und im Vorfeld gegen das neonazistische Skinheadkonzert, welches letztlich in Nienhagen stattfand, engagiert haben, ihren Dank aus. Der z. T. sehr kurzfristig organisierte zivilgesellschaftliche Protest ist ein wichtiger Ausdruck lebendiger Demokratie. Insbesondere den Mut der Menschen in Nienhagen, die den z. T. in ihrem Ort lebenden Neonazis entgegentraten, gilt es, zu würdigen und zu unterstützen.
2. Mit dem Ziel, Kommunen und Landkreise in Zukunft besser als bisher beraten und begleiten zu können, beauftragt der Landtag die Landesregierung, ein Konzept für den Umgang mit neonazistischen Konzerten zu entwickeln, das die politische Dimension dieser Konzerte stärker als bisher fokussiert. Dazu soll insbesondere auch der Austausch mit anderen Bundesländern gesucht werden. Zielstellung soll es dabei vor allem sein, Erfahrungen auszutauschen und Anregungen für künftige rechtssichere Strategien im Umgang mit solchen Veranstaltungen und ggf. damit verbundenen Auflagenverfügungen und Auflagenkontrollen zu gewinnen. Besonderes Augenmerk soll zudem auf der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Erfahrungen und Handlungsempfehlungen der Fachstellen und Träger der Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Neonazismus, der Bürger- und Bürgerinnenbündnisse und der Beratungsstrukturen gegen Neonazismus, wie sie beispielsweise im Landesnetzwerk für Demokratie und Toleranz organisiert sind, liegen.
3. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, im Ausschuss für Inneres und Sport erstmalig im III. Quartal 2013 Bericht über die konkret unternommenen Schritte zur Umsetzung dieses Beschlusses und zum jeweiligen Arbeitsstand zu erstatten.

## **Begründung**

Konzertveranstaltungen sind für die neonazistische Szene von zentraler Bedeutung und haben eine identitätsstiftende und -festigende Funktion und sind das musikalische Begleitprogramm zur politischen Aufstellung und zu Hass und Gewalt der extremen Rechten. Das gilt selbstverständlich auch, wenn sie augenscheinlich den Charakter kommerzieller Großveranstaltungen aufweisen.

Sachsen-Anhalt war in der Vergangenheit mehrfach Veranstaltungsort neonazistischer Konzerte verschiedener Größenordnungen. Nachdem in Nienhagen mehrere Großkonzerte stattfanden, die durch den ortsansässigen und bundesweit, wie auch international agierenden Neonazi Oliver Malina organisiert wurden, gründete sich in Nienhagen eine Bürgerinitiative gegen Neonazikonzerte, die durchaus Vorbildfunktion für andere Kommunen, wie z. B. Groß Germersleben hatte. Zwar versuchten die Behörden in der Vergangenheit, zuletzt am 25. Mai 2013, das Konzert zu verbieten, allerdings hatten die Verbote keinen gerichtlichen Bestand. Zudem schilderten Vertreterinnen und Vertreter aus Nienhagen, aber auch aus Groß Germersleben, ihr Gefühl, mit dem Problem allein gelassen zu werden und nicht gut beraten zu werden. In den Augen der einbringenden Fraktion ist es die Verantwortung aller Landespolitikerinnen und Landespolitiker, insbesondere aber der Landesregierung und des Ministeriums für Inneres und Sport, sich mit dieser Problembeschreibung auseinander zu setzen und Lösungsstrategien zu finden.

Wulf Gallert  
Fraktionsvorsitzender